

Inhalt

<u>Angelika Wilmes</u>	Gott der Lebenden, nicht der Toten
<u>Peter Hannappel</u>	Der Freckenhorster Kreis unterstützt den Offenen Brief von 121 Pfarrern im Bistum Rottenburg Einheit der Christen. Eine Predigt
<u>Ferdinand Kerstiens</u>	Befreiungstheologie im Wandel
Reihe: <u>Gotthold Hasenhüttl</u>	Glaube ohne Mythos 1. Kirchen- (und Gemeinde-)verständnis
<u>Paul M. Zulehner</u>	Kirche im Umbau
<u>Mathilde Laubrock</u>	<u>Einkehrtage 2004 mit Heinz-Georg Surmund</u> <u>Grenzgänger sein</u>
<u>Ferdinand Kerstiens</u>	<u>Zur Aktion „Ohne Rüstung leben“</u> <u>"Freckenhorster" Hochgebete: Welt gestalten</u> <u>Richtigstellung</u>
<u>Kopftuchstreit</u>	Aus einem Brief von pax christi an die SPD
<u>Thomas Nauerth</u>	"Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime"
<u>Monika Fischer</u>	Buchbesprechung
<u>Raimund Heidrich</u>	Wenn Jesus heute leben würde
<u>Termine</u>	
<u>Angelika Wilmes</u>	Sprachstörungen

**"Er ist nicht ein Gott der Toten, sondern der Lebenden!"
(Mk 12, 27)**

von Angelika Wilmes

Die Verse Mk 12, 18-27, in die unser Jesuswort eingebettet ist, machen es deutlich: An der Auferstehung der Toten, an einem Leben über den Tod hinaus schieden sich von jeher die Geister. Was für die einen letzte Hoffnung bedeutet, ist für die anderen unvernünftig, unbeweisbar, lächerlich. Wir leben im Hier und Jetzt, und danach ist alles aus - so denken viele, damals wie heute. Kein Wunder! Die absurde Verwandlung eines lebendigen Wesens in ein Stück wertloser Materie führt die Endgültigkeit des Todes eindrücklich vor Augen.

Doch ein für allemal überzeugen kann der Tod uns Menschen trotzdem nicht. Wir können und wollen seine endgültige Macht nicht akzeptieren. Unser Gefühl widersetzt sich dem eindeutigen Befund, vor allem wenn wir an unser eigenes Schicksal denken. Daß ich im Tod aufhöre zu sein - das ist auch für mich ein undenkbarer Gedanke. Immer wieder in Frage gestellt, hält sich zäh meine Hoffnung auf "ewiges Leben".

Es heißt jedoch, den Tod zu verharmlosen, wenn wir ihn "nur" als Endpunkt unseres Lebens sehen. Ebenso gilt jedoch: Wir entwerten unser Leben hier auf Erden, wenn wir das "wahre" Leben aufschieben, und zwar kurzerhand über den Tod hinaus. Vielmehr gilt zweierlei: Der Tod fordert unser Leben nicht erst am Lebensende! und: Gott schenkt Leben nicht erst im "Jenseits"!

Unser Alltag ist durchsetzt von Todeserfahrungen. Abschiede begleiten unser Leben.

- Jeder Schritt vorwärts führt dazu, daß wir Menschen und Orte, an denen wir hängen, hinter uns lassen müssen. Eltern, deren Kinder sich auf eigene Füße stellen, können ein Lied davon singen, wieviel schmerzliche Auseinandersetzungen diesem notwendigen Auszug vorausgehen und welche Leere er hinterläßt.
- Jugend, Beruf, Gesundheit - irgendwann müssen wir uns eingestehen: Das alles ist vorbei, ich werde alt, meine Lebensspanne wird eng und enger, meine Freunde und Verwandten sterben weg.

All diese Vergänglichkeitserfahrungen sind die natürliche Kehrseite des Wachstums- und Reifungsprozesses, den wir "Leben" nennen.

Aber nicht alle Todeserfahrungen erleben wir als notwendige Stationen auf dem Weg zur menschlichen Reife. Im Gegenteil: Oft fühlen wir uns auf unserem Weg behindert durch verfahrenere Situationen oder eigenes Unvermögen. Gefühle werden durch fremde Gleichgültigkeit erstickt. Vielen werden durch ungerechte Verhältnisse Lebenschancen erst gar nicht gegeben. Leben verkümmert zum Dahinvegetieren ohne Horizont und Perspektive.

Ist es so weit gekommen, dann können alltägliche Ereignisse zur Auferstehungserfahrung werden: Die Überwindung unserer Sprachlosigkeit, der Entschluß, reinen Tisch zu machen, das solidarische Handeln. Wir selbst können zur Ostererfahrung für andere werden, mit Ihnen fühlen, Ungerechtigkeit nicht auf sich beruhen lassen.

Auferstehung vor dem Tod - wenn Christen diesen Aspekt unserer Hoffnung nicht ernst nehmen, entwerten sie das menschliche Leben, degradieren es zum "Jammertal" der älteren Kirchenlieder. Es ist ja wahr: Bejammernswertes gibt es auf der Welt im Überfluß. Aber viel zu lange haben es die Christen, vertröstet auf ein besseres Jenseits, beim Jammern bewenden lassen, die Hände in den Schoß gelegt und sich fromm in Gottes angeblichen Willen ergeben.

Trost brauchen wir allerdings, Vertröstung aber ist infam. Sie stellt Gott in den Dienst sehr irdischer Interessen und degradiert Menschen zu gefügigen Schachfiguren im Spiel der Mächtigen. Kirchen und Religionsgemeinschaften sind dieser Versuchung im Paktieren mit den Mächtigen nur zu oft erlegen.

Aber: Ist Religion schon deshalb Vertröstung, weil sie ein Leben über den Tod hinaus verheißt? Auferstehungserfahrungen im Alltag, Einsatz für eine bessere Welt - ist das die ganze Botschaft, die Jesus verkündete?

Es gibt Theologen, die diese Meinung vertreten. So spricht sich der Saarbrücker Dogmatiker Gotthold Hasenhüttl in seiner beachtlichen Dogmatik "Glaube ohne Mythos" eindeutig gegen die Aufteilung der Wirklichkeit in Diesseits und Jenseits aus. Jede Fixierung auf ein besseres Jenseits beruhe auf falsch verstandenen mythologischen Aussagen in der Schrift. Solche Fixierung lasse das reale Leben mit seinen Ungerechtigkeiten seinem Leid, aber auch mit seinen Freuden und Herausforderungen verblassen zu etwas Vorläufigem, eher Belanglosem. Nur wo menschliche Kräfte nicht durch den Ausblick auf ein fernes Jenseits gebunden blieben, könne aus dem "Jammertal" Schritt für Schritt "Gottes Bereich" werden. Das sei auch die Botschaft Jesu.

Noch einmal meine Frage: Ist das die ganze Botschaft Jesu? Ich muß gestehen: Als Hoffnung, auf die ich mein Leben gründen kann, genügt mir das nicht. Der Einsatz für Menschen und deren Lebenswelt, die Erde, ist unabdingbar christlich. Aber ich erwarte mehr.

Hören wir doch die Verkündigung Jesu! Fragen wir unseren Text!

"Die Herrschaft Gottes ist jetzt angebrochen!" Dieser Satz zieht sich durch die gesamte Predigt Jesu. Er hat dabei die Juden im Blick, die ihre Sehnsucht und Erwartung auf den Messias richten und dadurch blind werden für Gottes Wirken in ihrer Nähe. "Lahme gehen, Blinde sehen und Taube hören eine frohe Botschaft!" So allein wird Herrschaft Gottes aufgerichtet - durch Hilfe und Zuwendung für die Belasteten. Das "Liebe deinen Mitmenschen!" ist dem Gebot der Gottesliebe gleichgestellt. In der Person und dem heilenden Einfluß Jesu wird die Herrschaft Gottes sichtbar, die den Menschen zum Leben verhilft.

Aber in unserer Perikope führt Jesus den Auferstehungsgedanken weiter aus. Die Sadduzäer berufen sich auf die Vorschrift der Leviratsehe: Wenn ein verheirateter Mann kinderlos stirbt, muß ein Bruder stellvertretend die Witwe heiraten und Nachkommen zeugen. Durch ein konstruiertes Beispiel zu dieser Vorschrift wollen sie als Auferstehungsgegner Jesus lächerlich machen. Jesus lehnt ihre oberflächliche Diesseitigkeit rundheraus ab. Er argumentiert vom Wesen Gottes her und zitiert Ex 3,6. Wenn Gott sich als Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs offenbart, die ja längst gestorben sind, ist er dann ein Gott der Toten? Nein, das kann nicht sein. Gott steht für Leben schlechthin. Abraham, Isaak und Jakob, die Gott selbst als Bürgen seiner Zugewandtheit zu uns Menschen nennt, leben, obwohl sie schon gestorben sind. Wer wollte schon sein Vertrauen auf einen Gott von Toten setzen.

Auch die Argumentationskette Jesu ersetzt nicht gläubiges Vertrauen durch Wissen. Jesus selbst argumentiert aus dem Glauben. Aber eines wird deutlich: Auch Jesus begnügt sich nicht mit der Auferstehung aus Unfreiheit, Armut und Unterdrückung hier und jetzt. Er vertraut auf einen Vater, der uns nicht im Tod läßt und die Schöpfung nicht unvollendet. Er glaubt an ein unzerstörbares Leben bei Gott.

Damit müssen wir uns begnügen, wenn wir weiterhin hin- und hergerissen werden zwischen der schrecklichen Überzeugungskraft des Todes und der oft zaghaften Gewißheit: Dankbarkeit, Liebe und Freundschaft, aber auch Schönheit und Freude sind nicht für den Tod bestimmt.

Angelika Wilmes

**Der Freckenhorster Kreis unterstützt den Offenen Brief
"Über die Einladung zur Eucharistie" von 121 Pfarrern
im Bistum Rottenburg-Stuttgart**

Ende Februar hat der Freckenhorster Kreis in einer Umfrageaktion alle Priester im Bistum Münster gebeten, den Offenen Brief von 121 Pfarrern im Bistum Rottenburg-Stuttgart durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Am 27. März haben wir diese Aktion abgeschlossen.

Zur Information unserer Mitglieder und Interessenten drucken wir an dieser Stelle den Antwortbrief ab, den wir nach Abschluß der Aktion an alle die Priester geschickt haben, von denen wir eine positive oder auch ablehnende Rückmeldung erhielten.

Diesem Brief können Sie entnehmen, wie die Aktion angelegt war und welchen Rücklauf sie hatte.

• • • •

Freckenhorster Kreis
Albachtener Str. 101 e
48163 Münster

Münster, den 10. 04. 2004

Liebe Mitbrüder!

Im Februar dieses Jahres haben wir Sie gebeten, den Offenen Brief der Pfarrer aus dem Bistum Stuttgart/Rottenburg zu unterschreiben. Nach 4 Wochen Laufzeit dieser Unterschriftenaktion möchten wir Ihnen gern Bericht erstatten, indem wir Ihnen die Kopie unseres abschließenden Briefes an Bischof Lettmann zuschicken. Darin sind alle Ergebnisse unserer Umfrageaktion zusammengefasst:

Freckenhorster Kreis

Münster, den 5. 4. 2004

Sehr geehrter Herr Bischof!

Herzliche Grüße vom Freckenhorster Kreis! Die Handreichung "Ermutigung für die ökumenische Arbeit vor Ort" dokumentiert die Vielfalt ökumenischer Praxis in den Gemeinden unseres Bistums. Dieses offene Klima ökumenischer Zusammenarbeit in unserem Bistum begrüßen wir.

Weil dem Freckenhorster Kreis gerade die eucharistische Gastfreundschaft als Ermutigung auf dem Weg zur Einheit wichtig ist, haben wir im Februar die Priester des Bistums Münster angeschrieben mit der Bitte, sich mit ihrer Unterschrift dem Offenen Brief der Pfarrer aus der Diözese Stuttgart/Rottenburg anzuschließen. Wir möchten heute das Anliegen, das im Brief der Rottenburg-Stuttgarter Priester zum Ausdruck gebracht wurde, auch an Sie als Bitte weitergeben.

116 Priester haben auf unser Anschreiben geantwortet. Davon tragen 102 Priester mit ihrer Unterschrift dieses Anliegen mit.

Ablehnende Briefe schrieben 11 Priester. Einige dieser Stellungnahmen sind Ihnen als Kopie zugegangen. 2 haben die Annahme verweigert, und 1 Brief enthielt anonyme Beschimpfungen.

Wir sind der Ansicht, dass die Feier der Eucharistie nicht dem Ausschluss dienen darf, gerade weil uns mehr verbindet als uns trennt, wie es auch die "Handreichung" zeigt. Es gibt nach unserer Erfahrung viele nichtkatholische Christinnen und Christen, denen aus familiären Gründen (konfessionsverschiedene Ehe), aus tiefem Glaubensverständnis oder wegen ihres ökumenischen Engagements in der Gemeinde das gemeinsame Herrenmahl ein wichtiges Anliegen ist. Darum setzen wir uns dafür ein, dass auch in unserem Bistum alle willkommen sind, die den ernsthaften Wunsch haben,

mit uns Eucharistie zu feiern und am Mahl teilzunehmen. Wir möchten - auch auf dem Hintergrund pastoraler Erfahrung und Verantwortung - die Bitte an Sie richten, dafür einzutreten, dass allen evangelischen Christen, denen der Empfang der Eucharistie ein geistliches Bedürfnis ist, die Teilnahme am eucharistischen Mahl ermöglicht wird. Gern sind wir bereit zu einem vertiefenden Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

*Ihre
Andreas Dieckmann
Ludger Ernsting
Ludger Funke*

Zur Information senden wir diesen zusammenfassenden Brief mit der Weitergabe des Anliegens an alle, die auf unseren Brief geantwortet haben.

Dieser Brief ist inzwischen an den Bischof geschickt worden. Wir danken allen, die geantwortet haben!

Es grüßen herzlich

Ihre
Andreas Dieckmann
Ludger Ernsting
Ludger Funke

• • • • •

Im Zusammenhang mit unserer Umfrage zur ökumenischen Gastfreundschaft erreichte uns der folgende Text einer Predigt, die Pater Peter Hannappel am 18. Januar in St. Konrad in Werne gehalten hat:

**Einheit der Christen
(2 Kor 12, 4-11; Joh 2, 1-11)**

von Peter Hannappel

Der erste gemeinsame ökumenische Kirchentag in Berlin war ein herausragendes Ereignis des letzten Jahres. In gemeinsamem Gebet, in Schriftlesung und Meditation, in Diskussionen und Foren – insgesamt über 1000 Veranstaltungen (!) – sind die Kirchen und ihre Mitglieder sich nähergekommen. In den Medien war das Interesse allerdings einseitig auf den einen Gottesdienst fixiert, bei dem ein katholischer Priester alle Nicht-Katholiken zur Eucharistie eingeladen hat. Im Vorfeld ist viel darüber diskutiert worden. Es war klar, daß diese offene Abendmahlsgemeinschaft ein offensichtlicher Verstoß gegen geltendes Recht war, und es war klar, daß die Bischöfe darauf reagieren mußten. Die Reaktion blieb auch nicht aus, und dies bedeutete einen Rückschlag für die Ökumene. Da hat der Professor Hasenhüttl mit seiner Provokation der Ökumene keinen guten Dienst erwiesen. (*)

(*) Die Predigt gibt in diesem Punkt nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Denn an der Basis wird längst einiges praktiziert und ist auf einem guten Weg.

Am 1. Dezember des vergangenen Jahres habe ich vor den katholischen Seelsorgern der Stadt Werne ein Referat mit anschließender Aussprache zum Stand der Ökumene gehalten. Ich habe mich dabei auf einen Artikel von Sabine Demel, Professorin für katholisches Kirchenrecht in Regensburg, bezogen.

Zwei Grundprinzipien des II. Vatikanischen Konzils werden immer wieder zitiert: Das Konzil sagt, die Eucharistie ist Ausdruck der bestehenden Gemeinschaft und Einheit, aber auch Mittel des Heils. Wörtlich: "Die Bezeugung der Einheit verbietet in den meisten Fällen die Gottesdienstgemeinschaft, die Sorge um die Gnade empfiehlt sie indessen in manchen Fällen." (UR 8).

Insofern Eucharistie Ausdruck von Einheit und Gemeinschaft ist, darf nur ein katholischer Christ zur Eucharistie gehen. Wenn andererseits die Eucharistie auch Mittel und Weg zur Einheit ist, dann macht die Aussage des Konzils nur Sinn, wenn in bestimmten Situationen Menschen diesen Weg auch beschreiten können.

Seit dem Konzil ist ja auf dem Gebiet der Ökumene viel passiert. Das gemeinsame Gebet und das gemeinsame Zeugnis des Glaubens inmitten einer glaubensfeindlichen Welt haben die Gläubigen zusammengeführt. Vieles, was früher undenkbar war, ist jetzt selbstverständlich, die ökumenische Bibelwoche ist nur ein Beispiel.

In vielen Bereichen sind wir deutlicher unserer Einheit uns bewußt: So haben wir die Bibel als gemeinsames Fundament unseres Glaubens. Wir glauben gemeinsam an den dreifaltigen Gott und haben deshalb auch ein gemeinsames Glaubensbekenntnis.

Schon immer haben die Großkirchen wechselseitig die Taufen anerkannt. Wer evangelisch getauft wurde und katholisch wird, wird nicht noch einmal getauft, er ist gültig getauft. Das gilt auch in umgekehrter Richtung.

In den letzten Jahren sind die Gespräche und Bemühungen um Einheit intensiviert worden, und es kam ja auch zu verbindlichen Übereinkünften. Die Unterschiede im Verständnis des Herrenmahles zwischen Katholiken und Lutheranern werden nicht mehr als kirchentrennend empfunden. 1999 haben der Lutherische Weltbund und die katholische Kirche die "Gemeinsame Erklärung über die Rechtfertigung" unterzeichnet. In der Rechtfertigungslehre - so Luthers zentrale These - geht es darum, daß der Mensch allein aus Glaube, allein aus Gnade gerettet wird. Das wird kein vernünftiger Katholik jemals bestreiten: Wir sind durch Jesu Tod und Auferstehung erlöst. Keine menschliche Leistung kann jemals aus eigener Kraft die Erlösung bewirken (vgl. Röm 5). Aber die katholische Kirche hat immer gelehrt, daß wir Menschen auch etwas tun können und müssen. Ganz im Sinne des Jakobusbriefes: "Der Glaube für sich allein ist tot, wenn er nicht Werke vorzuweisen hat." (Jak 2,17) Und gerade Paulus, der im Römerbrief betont, daß wir allein durch Christus erlöst sind, macht in seinem Leben deutlich, daß dieser Glaube auch nach außen Wirkung entfaltet, entfalten muß, wenn er echt ist. Ja Paulus selbst ist es, der im Kolosserbrief schreibt: "Für den Leib Christi, die Kirche, ergänze ich in meinem irdischen Leben das, was an den Leiden Christi noch fehlt." (Kol 1,24) Also über diese Rechtfertigungslehre wurde Einigkeit erzielt, also über den Punkt, von dem Martin Luther sagte, mit ihm stehe und falle die Kirche.

Wenn es also weniger Trennendes gibt und viel mehr Gemeinsames: Muß das nicht auch seinen Niederschlag im Leben der Kirchen und Gläubigen finden?

So schreibt der Erzbischof von Wien, Kardinal Schönborn: Wer als nichtkatholischer Christ bei einer katholischen Eucharistiefeier "das Amen zum Hochgebet ehrlichen Herzens sprechen kann, der kann auch die Frucht dieses Hochgebetes, die Kommunion, ehrlichen Herzens empfangen, der kann auf das Wort des Kommunionsspenders, »der Leib Christi« mit einem ehrlichen und gläubigen »Amen« antworten."

Das Kirchenrecht (c 913 CIC) schreibt vor, daß Voraussetzung für die Kinderkommunion sei, dass das Kind gemäß seiner Fassungskraft das Geheimnis Christi begreifen und den Leib des Herrn gläubig

und andächtig zu empfangen vermag. Das Kind muß also den Leib des Herrn von gewöhnlicher Speise unterscheiden.

Wenn das als Voraussetzung für ein katholisches Kind hinreicht, darf ich dann von einem Nicht-Katholiken mehr einfordern?

In Todesgefahr und bei einer "anderen schweren Notwendigkeit" (c 888 4 CIC) erlaubt bisher auch schon das Kirchenrecht den Zugang zur Eucharistie. Mit "anderer schwerer Notwendigkeit" wurde dann immer auf den Fall der Gefangenschaft verwiesen. In den letzten Jahren haben Theologen immer wieder nachgedacht, was bedeutet die "andere schwere Notwendigkeit"? Gibt es nicht auch eine moralisch-spirituelle-geistliche Notwendigkeit?

Wie ist das, wenn in einer konfessionsverschiedenen Ehe ein Kind zur Erstkommunion geht, wenn ein Trauerfall vorliegt: Gibt es da nicht auch eine "geistliche Notwendigkeit"? Wenn ein evangelischer und katholischer Christ in der Kirche heiraten, dann spenden sie sich gegenseitig das Sakrament der Ehe. Wenn also in diesem heiligen Augenblick der evangelische Christ ein Sakrament empfängt - so die offizielle katholische Sakramentenlehre - sollte er dann nicht auch das Herrenmahl empfangen können? Zumal er doch auch das Sakrament der Taufe gültig empfangen hat?

Der Bischof Elchinger von Straßburg hat dies so gesehen und für seine Diözese 1972 eine Weisung erlassen, wonach für die konfessionsverschiedenen Ehen die eucharistische Gastfreundschaft erlaubt ist; dabei verweist er zugleich darauf, daß dies eine Sonderregelung sei, daß es noch keine volle Kirchengemeinschaft gebe.

In den letzten Jahren sind viele Bischofskonferenzen dieser Linie gefolgt: so die Bischöfe von England und Wales und von Südafrika im Jahre 1998, die kanadische Bischofskonferenz folgte 1999.

Die Ökumenische Kommission der deutschen Bischofskonferenz hat im Jahre 1997 keine generelle Zustimmung gegeben, wohl aber gesagt, daß der zuständige Pfarrer entscheiden könne, ob eine geistliche Notlage vorliege. Im Diözesanforum von 1998 hat der Bischof von Münster ausdrücklich abgelehnt, generell evangelischen Christen den Zugang zur Eucharistie zu erlauben. In einem Schreiben des Bischofs von Münster aus dem Jahre 2003 heißt es nun: "Evangelische Christen in einer Notlage oder einer Ausnahmesituation, die sich auch in der besonderen Gemeinschaft einer konfessionsverschiedenen Ehe ergeben kann, können das Sakrament der Eucharistie in der katholischen Kirche empfangen, wenn sie den Glauben an die Gegenwart Christi in diesem Sakrament bekennen, ihr Leben in christlichem Glauben führen und von sich aus darum bitten."

Heute gehören Gläubige, die zur Eucharistiefeyer kommen, zur Minderheit. Wer noch in die Kirche geht, bekennt sich zum christlichen Glauben. Insofern habe ich für mich schon in den letzten Jahren immer die Position vertreten, wie sie der Kardinal Schönborn formulierte: Wer als nicht katholischer Christ bei einer katholischen Eucharistiefeyer "das Amen zum Hochgebet ehrlichen Herzens sprechen kann, der kann auch die Frucht dieses Hochgebetes, die Kommunion, ehrlichen Herzens empfangen, der kann auf das Wort des Kommunionsspenders, »der Leib Christi« mit einem ehrlichen und gläubigen »Amen« antworten."

Ich war mir nicht sicher, wie die anderen Seelsorger in Werne über dieses Thema denken und war angenehm überrascht, daß in der Aussprache alle katholischen Seelsorger diese menschenfreundliche Pastoral teilen und mittragen. Ich bin sehr dankbar dafür und glaube, daß wir weiterhin in Werne auf einem guten Weg sind.

Möge Gott uns begleiten, daß Jesu innigster Wunsch nach dem Joh-Evangelium: "Vater, ich bitte dich: Alle sollen eins sein: Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir bin, sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaubt, daß du mich gesandt hast." (Joh 17,21), daß dieser Wunsch Wirklichkeit werde. Amen, so sei es.

St. Konrad, 18. 1. 2004

Befreiungstheologie im Wandel

Erfahrungen in Brasilien

von Ferdinand Kerstiens

1979

Wir fuhren im Toyota-Jeep in der Nähe von Crateús im armen Land Piauí an endlosen Zäunen vorbei. Dahinter weideten die Rinderherden der Großgrundbesitzer, 1 Hektar für ein Stück Rindvieh. Unter 10.000 Stück lohnt sich eine solche Fazenda nicht. Viele umfassten auch 30.000 oder 40.000 Tiere. Es werden wenige Arbeiter dafür benötigt. Hinter den kilometerlangen Zäunen gelangten wir zu einem kargen Hügelland. Dort trafen wir Chik Francisco. Er ist der Leiter der Basisgemeinde, die sich in den letzten Jahren unter der Anleitung und Ermutigung von Bischof Antonio Fragoso gebildet hat. Chik Francisco erzählt: "Früher lebten wir im Dunkel. Zweimal kam der Pfarrer von Crateús vorbei (110 km entfernt). Dann gab es große Feste: Taufen, Trauungen, Beichten, Gottesdienste. Dann versanken wir wieder im Dunkel. Wir sind alle Tagelöhner bei den Großgrundbesitzern. Mal gibt es Geld, mal keines. Wir haben jeweils nur kleine Grundstücke für uns. Da bauen wir Mais und schwarze Bohnen an, jeder für sich. Wenn wir etwas zu verkaufen hatten - der Zwischenhändler gab uns nur wenig. Er verdiente 80%, wenn er unsere Sachen in der Stadt verkaufte.

Aber heute ist alles anders: Unser Bischof hat uns gesagt: "Ihr könnt doch selber die Bibel lesen und auslegen. Geht dabei von euren eigenen bedrückenden Erfahrungen aus." Seitdem feiern wir unsere eigenen Gottesdienste. Ich zelebriere jeden Sonntag zweimal. Unten am Hügel hat sich eine andere Basisgemeinde gebildet, in der Dona Ana zelebriert. In Crateús wurden wir dafür geschult. Über die Gottesdienste sind wir uns näher gekommen. Wir haben uns zusammengeschlossen und haben jetzt gemeinsam einen eigenen Lastwagen, mit dem wir unsere Überschüsse selbst in der Stadt verkaufen können. Wir können auch zusammen den Großgrundbesitzern anders gegenüberreten als früher. Wir sind freier geworden und können gemeinsam unsere Fragen bereden und klären."

Am Abend besuchten wir einen Gottesdienst dieser Basisgemeinde unter einem Palmendach. 150 bis 180 Leute waren anwesend. Chik Francisco zelebrierte gemeinsam mit Francisco Siana. Es entwickelte sich ein Predigtgespräch über Petrus und den gegenwärtigen Papst. Francisco: "Der Papst hat auch ein Herz für die Armen. Er verkündet uns heute die Frohe Botschaft." Dazu ein Mann aus der Gemeinde: "Wenn wir hier etwas Gutes tun, gilt das auch im Himmel. Ob das nun ein Priester sagt oder ein Mann oder eine Frau oder der Papst, das ist gleich. Wenn es das Wort der Bibel ist, dann ist es Gottes Wort." Dieser Mann war Analphabet, wie wir später hörten. Wir kamen uns wie Vertreter einer sehr entwicklungsbedürftigen Kirche Europas vor. Am anderen Morgen bei einer Katechese über Sünde und Beichte: "Sünde ist, wenn wir dem anderen etwas wegnehmen, was er zum Leben braucht. Sünde ist aber auch, dass wir zu wenig Erde unter der Hacke haben und von der Willkür der Großen abhängig sind."

Befreiungstheologie im Ursprung

Hier, für uns am Ende der Welt, spürten wir, was die Befreiungstheologie an der Basis, bei den Ärmsten der Armen, bei den von unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Ausgeschlossenen bewirkt. Die Befreiungstheologie ist ja keine Erfindung von Theologen auf den Lehrstühlen unserer Universitäten. "Die vorliegende Arbeit versucht, eine Reflexion zu entwerfen, die zugleich vom Evangelium und von den Erfahrungen der Männer und Frauen ausgeht, die sich in diesem von Unterdrückung und Beraubung beherrschten lateinamerikanischen Kontinent dem Prozess der Befreiung verpflichtet haben."

So der Einleitungssatz zu dem epochemachenden Werk von Gustavo Gutiérrez "Theologie der Befreiung" (1972). Die Befreiungstheologie ist zunächst Empfänger der Signale, die von der Basis ausgehen, von den Bibelgesprächen, Wallfahrten und Gottesdiensten der kleinen Leute, von ihren Erfahrungen im Kampf um mehr Leben. Die Befreiungstheologie systematisiert diese Erfahrungen, vertieft ihre biblische Begründung und ermutigt so die Männer und Frauen an der Basis zu neuem Selbstbewusstsein aus dem Glauben heraus, das sie befähigt, bei ihrem Kampf um mehr Leben den Gott und Vater Jesu Christi an ihrer Seite zu wissen.

Vielleicht ist das auch der Grund des (römischen) Widerstandes gegen diese Theologie. Denn hier wird nicht ein Glaubenssystem entwickelt, das dann den Menschen zu vermitteln (oder aufzuzwingen) ist. Sondern hier werden die Glaubenserfahrungen der "kleinen Leute", der Armen und Schwachen, der Ausgeschlossenen, der "Zöllner und Sünder" ernstgenommen, denen sich Gott in seiner Menschenfreundlichkeit besonders zuwendet. Da lässt sich die "Rechtgläubigkeit" nicht einfach von außen oder von oben festlegen. Sondern da werden die Ängste und Hoffnungen der Menschen ernstgenommen, wie Jesus es nach dem Zeugnis der Evangelien tat und deswegen von den Wächtern des "rechten Glaubens" abgelehnt wurde. Denn dieses Ernst-Nehmen bewirkt eine neue Unübersichtlichkeit, eine Vielfältigkeit, einen Reichtum, der nicht leicht auf einen Nenner gebracht werden kann. Aber gerade darin liegt eine große Chance der Kreativität und der Menschennähe im Glauben für morgen.

Befreiungstheologie heute

Durch die römische Personalpolitik bei der Ernennung neuer Bischöfe, durch die Schließung mancher theologischen Seminare und Institute, durch die Reglementierung von Theologinnen und Theologen ist es stiller geworden um die Befreiungstheologie und die Basisgemeinden. Sind sie gescheitert? "Nein", sagte Kardinal Aloysio Lorscheider bei einem Gespräch mit uns, "nein. Die Theologie der Befreiung ist die Luft, die wir atmen und ohne die wir nicht leben können." Die Befreiungstheologie ist anonym und allgemeiner geworden, eben wie "die Luft, die wir atmen und ohne die wir nicht leben können." Es wird nicht mehr so viel über sie geredet, aber sie wird praktiziert in vielen Projekten und Basisgemeinden, die aus ihrem Geist leben. In manchen Basisgemeinden ist das Leben abgeebbt, aber in vielen früheren Kapellengemeinden im Sinne der traditionellen Pastoral wird heute befreiungstheologisch gearbeitet, ohne viel darüber zu reden. Männer und Frauen übernehmen Verantwortung für die Gottesdienste, für das Leben der Gemeinden und den politischen Kampf um Menschenrecht und Würde.

Die Befreiungstheologie hat sich auch weiterentwickelt. Sie hat sich geöffnet für die feministische Befreiungstheologie, der es vor allem darauf ankommt, die Unterdrückung der Frauen in Gesellschaft und Kirche zu reflektieren und zu verändern. Sie hat sich geöffnet für die Theologie der Schwarzen, die auf die rassistischen Elemente in Gesellschaft und Kirche hinweist. Sie hat sich geöffnet für die Erfahrungen der Indigenas, der ursprünglichen, heute an den Rand gedrückten Bevölkerung des Kontinents. Sie hat sich geöffnet für den kulturellen Kontext, in dem menschliches Leben sich entwickelt.

Daraus hat sich auch (wenigstens zum Teil) ein neues Verhältnis zu den charismatischen, pfingstlerischen Kirchen und Gemeinden entwickelt. Vor 30 oder 40 Jahren waren sie der Gegenpol der befreiungstheologischen Entwicklung der evangelischen und katholischen Kirche in Lateinamerika. Die Pfingstler waren willkommen bei den Diktatoren, da sie enthusiastische Gottesdienste anboten, um die Leute auf den Himmel zu verträsten, aber auch, um die Ungerechtigkeit und Gewalt auf der Erde zu vergessen. Diese charismatischen Gemeinden hatten großen Erfolg bei der armen Bevölkerung, da sie eine religiöse Flucht aus der schrecklichen Gegenwart anboten, eben "Opium für das Volk" (Lenin).

Heute bewegen sich charismatische Gemeinden und Basisgemeinden zum Teil aufeinander zu und lernen voneinander, dass beides zusammengehört: Begeisterung aus dem Glauben, Dank- und Lobgesänge, und Einsatz für die Menschen am Rande und ihre Not.

2002

Wir wollen das IRPAA besuchen, das Institut für angepasste Lebensweise und Landwirtschaft im halbtrockenen Sertão, der so groß ist wie Frankreich und Deutschland zusammen. Am Tag vor unserer Ankunft: "Seid ihr auch bereit, zwei Landarbeiter zu besuchen, die bei einem Attentat schwer verletzt wurden und sich nun erst einmal versteckt halten?" Wir: "Ja, natürlich, wenn es ihnen und euch hilft." Harald Schistek, der Initiator des IRPAA, führt uns zunächst mitten in der Catingaa zu einer Versammlung der Kleinbauern mit ihrem Rechtsanwalt Jairo.

Der Hintergrund: Die Kleinbauern wehren sich gegen einen Zaun eines japanischen Großgrundbesitzers, der 4.500 ha gekauft hat (mit fragwürdigen Rechtstiteln), aber 21.000 ha einzäunte und so den Kleinbauern ihre Weidefläche für ihr Kleinvieh raubte. Die zwei Meinungsführer der Kleinbauern, die den Widerstand gegen das ihnen angetane Unrecht mobilisieren, werden bei einem Mordanschlag schwer verletzt und halten sich versteckt. Die anderen Kleinbauern wollen ihre Rechte aber weiter offensiv vertreten. Harald stellt uns vor als Gruppe, die für Menschenrechte arbeitet.

"Woher nehmt ihr die Kraft für den Kampf?" fragen wir. "Wir bekommen die Kraft aus der Einheit. Alle machen mit. Es sind mehr als vor dem Attentat. Wir bestehen auf dem alten Recht, dass uns das Land gehört, das wir nutzen, wenn mehrere Jahre niemand Besitzansprüche anmeldet. Der Richter hat dem Großgrundbesitzer Recht gegeben, obwohl der viel mehr eingezäunt hat, als ihm gehörte. Bis 1975 hat niemand uns den Besitz streitig gemacht. Das Land gehörte dem, der es nutzt, und wurde von uns Kleinbauern seit Generationen für unsere Ziegen und Schafe genutzt. Das ist Gewohnheitsrecht und in der Verfassung verankert. Wir sind empört: Da kommt einer von außen und erhebt Ansprüche auf unser angestammtes Land. An erster Stelle steht nicht das geschriebene Recht, sondern die Nutzung. Das Land muss unserem Vieh zur Verfügung stehen." "Das erste Mal, dass kein Tier mehr durch den Zaun kam, war vor zwei Jahren. Der Zaun misst 62 Kilometer und umfasst 21.000 ha". Mit Schmunzeln: "Ab und zu kommt ein starker Wind, und der hat den Zaun an einigen Stellen umgelegt. Der Zaun wurde aber wiederhergestellt, manche unserer Tiere blieben drin. Wir brauchen so viel Land, weil oft der Regen so ungleichmäßig fällt." "Das Gerichtswesen ist so langsam, andere Fazendeiros bestärken ihren Kollegen. Nicht viele, nur ein Landarbeiter arbeitet noch für den Großgrundbesitzer, der wieder in Japan ist. Die 40 Rinder sind verkauft, das Land wird nicht mehr genutzt." Der Rechtsanwalt Jairo: "In Uauá (der zuständigen Gerichtsstadt) gibt es offiziell eine Polizeistation mit 8 Polizisten, die ermitteln. In Wirklichkeit ist es nur ein einziger. Der Druck von Fazendeiros auf den Polizeichef ist groß."

Am nächsten Tag besuchen wir den zuständigen Pfarrer, der ganz hinter den kleinen Bauern und ihrer Bedrängnis steht. Wir wollen auch den zuständigen Polizisten besuchen. Doch der ist gerade mit der Militärpolizei hinter einem Banküberfall her. Dann besuchen wir wie vorgesehen João und Manoel, die beiden Opfer des Mordanschlages. Sie sind noch schwach, aber entschlossen, wieder mit ihren Familien in ihre Häuser zu ziehen und gewaltlos den Kampf fortzusetzen. Sie und die Mitarbeiter des IRPAA bedanken sich bei uns für unseren Besuch. Die Unterstützung durch die Kirche und die internationale Aufmerksamkeit ist für die kleinen Leute der beste Schutz. Von den Mächtigen dort kümmert sich keiner um sie. Deswegen bedarf es des Druckes von außen. Inzwischen ist der Prozess in die Gänge gekommen. Die zuständige Richterin hat die Untersuchungen aufgenommen und schon mit Mitarbeitern des IRPAA und mit den betroffenen Kleinbauern Gespräche geführt, um sich ein Bild zu machen. Unsere Freundinnen und Freunde in Brasilien führen das auf unseren Besuch und auf den internationalen Druck zurück.

Sonst wären vermutlich die Vorgänge um den illegalen Landbesitz und den Mordanschlag längst verdrängt und "vergessen".

Fazit

"Die Theologie der Befreiung ist tot!" so hört man es hier oft von interessierter Seite. Die Praxis der Befreiung lebt weiter - das haben wir in Juazeiro gespürt. Es wird nicht mehr so viel über die Theologie geredet, aber sie wird gelebt, wie wir nicht nur in Juazeiro erlebt haben. Viele Menschen sind durch diese Veränderung kirchlichen Lebens aus ihrem Elend aufgestanden und haben ihre Würde als Menschen und als Christinnen und Christen neu entdeckt und in vielen Kämpfen zurückgewonnen. Ohne diese Entwicklung hätte Lula, der Hoffnungsträger der Armen, keinen Wahlsieg als Präsident in Brasilien erringen können, auch wenn jetzt die Blütenräume nicht so schnell reifen, wie man es erhofft hat. Alle Solidarität, die diese Entwicklung von außen, besonders auch von Deutschland, erfahren hat, hat Früchte getragen. Die Franziskaner sind hier wie dort an diesen Prozessen beteiligt. Die Menschen in Brasilien, die Armen und Unterdrückten, die Basisgemeinden und die vielen Bildungseinrichtungen brauchen weiter unsere Solidarität und Unterstützung, damit eine menschlichere Entwicklung nicht erneut von den Mächtigen blockiert wird, sondern sich im Sinne des Evangeliums und der Menschen-freundlichkeit unseres Gottes entfaltet.

Ferdinand Kerstiens

• • • • •

In dieser Nummer der FK-Informationen beginnt eine kleine Reihe, in der die Theologie Gotthold Hasenhüttls vorgestellt wird. Er selbst sagt dazu im Vorwort des 2. Bandes seiner Dogmatik: "Leben heißt sich wandeln. Eine mumifizierende Theologie, die alte Dogmen neu einkleidet, ist lebensfeindlich. Veränderungen der Lebenswelt müssen sich im Reflexionsakt ausdrücken, will der christliche Glaube nicht zu einer musealen Existenz verkommen." (S.13)

Zum Einstieg in das **Jahresthema 2004** des Freckenhorster Kreises: "Gemeinde der Zukunft in der Vielfalt ihrer Aspekte" hier ein Ausschnitt aus der Dogmatik von Gotthold Hasenhüttl "**Glaube ohne Mythos**", Bd. 2.

Die folgenden Aussagen über die Kirche lassen sich auch auf christliche Gemeinde anwenden, die ja "Kirche Christi" vor Ort ist und nicht etwa unterste Ebene einer hierarchischen Struktur.

Zusammenfassender Rückblick (zum Thema Kirchenverständnis)

von Gotthold Hasenhüttl

1. Jesus selbst hat keine Kirche gegründet, er hat ihr daher a fortiori keine institutionelle Struktur gegeben; ein hierarchisches Prinzip hat mit dem Wesen der Kirche nichts zu tun. Das bedeutet jedoch nicht, daß jede Glaubensgemeinschaft mit institutionellen Elementen dem Anliegen Jesu widerspricht.

2. Da das NT das Herr-Knecht-Verhältnis zurückweist, wir Freunde oder Brüder, Geschwister genannt und alle Machtgelüste der Jünger Jesu getadelt werden, ist eine strukturelle Unter- und Überordnung in der Kirche auszuschließen. Freundschaft kennt keine strukturelle Unterordnung, sondern meint dialogische Beziehung.

So erklärte die 3. lateinamerikanische Bischofskonferenz (Puebla 1979): "Die Zivilisation der Liebe lehnt Unterwerfung und Abhängigkeit ab."

3. Paulus, der eine ausgeprägt nachösterliche Ekklesiologie entwickelt, kennt nur ein Ordnungsprinzip in der Kirche, die Charismen, die uns vom guten Geist geschenkt werden und durch die jeder zur Gemeinschaft in Christus beiträgt. Es ist das Prinzip der Herrschaftsfreiheit, das Appell an die christliche Freiheit ist, die Freiheit des anderen zu respektieren.

4. In der Geschichte hat sich die Kirche in ihrer Struktur an weltlichen Vorbildern orientiert, so daß es in den ersten fünf Jahrhunderten zu einer hierarchischen Verfassung kam, die zu einem neuen Priestertum führte. Verschiedene Situationen, vor allem Notsituationen, haben dazu beigetragen.

5. Daher sind alle institutionellen Strukturen der Kirche veränderbar. Keine muß sein, es gibt viele Möglichkeiten. Jede institutionelle Form der Kirche ist relativ. Ja, es ist keineswegs gesagt, daß alle Ortskirchen oder Kirchen in verschiedenen Ländern die gleiche institutionelle Struktur haben müssen. Eine Glaubensgemeinschaft kann sich sehr wohl in vielen Formen verwirklichen, strukturell, liturgisch, sozial usw. Gerade heute in der pluralistischen Gesellschaft ist Pluralität institutionell gefordert. Die Vielfalt in der Einheit und die Einheit in der Vielfalt!

6. Alle Institutionen in der Kirche, die Herrschaft und Macht besagen, sind auszuschließen, weil sie der jesuanischen Botschaft widersprechen und ein pervertiertes Menschenbild zur Grundlage haben. Sie erzeugen eine verkrüppelte und keine christliche Freiheit.

7. Demokratische Strukturen in der Kirche, als Hilfsstrukturen, können heute nützlich sein und Menschen Zugang zur christlichen Botschaft ermöglichen. Keine Institution gehört zum Wesen der Kirche, verschiedene Ordnungsstrukturen widersprechen diesem jedoch nicht.

8. Schon unter den jetzigen Bedingungen können neue Strukturen gefunden werden. Oberste Maxime müßte, wie es in den echten Basisgemeinden Lateinamerikas üblich ist, sein, daß alle gleichberechtigt sind. Sowohl der Priester, wie der Bischof haben nur eine Stimme im kollegialen Gremium, können jederzeit überstimmt werden und fügen sich dem Beschluß. Einem beschämenden Herrschaftsmechanismus ist z. B. die österreichische Bischofskonferenz 1994 verfallen, als sie bestimmte, daß ein Bischof nur einem geweihten Priester die Leitung einer Gemeinde übertragen darf. Seit Jahrzehnten gibt es in der Republik Kongo (Zaire) den Mokambi: Er ist Laie, verheiratet, und leitet eine Pfarrei mit allen Rechten eines Pfarrers. Koordinator einer Gemeinde, Prediger, Eucharistieleiter/in, Sozialarbeiter, Jugendbeauftragte, Altenbetreuer usw. - all diese vielen Dienste sind Charismen in der Kirche und haben grundsätzlich gleichen Stellenwert. Sie bilden in ihrer ergänzenden Tätigkeit die eine Kirche.

9. Jede Zwei-Klassen-Gesellschaft, eine Zwei-Stände-Kirche, hätte damit ein Ende gefunden, und die Monopolstellung des hierarchischen Prinzips in der Kirche wäre erloschen.

10. So könnte über den Weg der Demokratie, im dialogischen Sinne, die charismatische Grundstruktur der Kirche verdeutlicht und sichtbar werden, die in unserer Welt dadurch wirksam wird, daß sie zur Befreiung von Herrschafts- und Machtmechanismen führt und alle Unmenschlichkeit verbannt. Dann wird die Kirche stets bereit sein zur Ausfahrt auf das offene, noch unbekanntes Meer, und eine solche Kirche der Zukunft wird Christentum verwirklichen. Könnte dann nicht wieder der alte Ruf von Nichtchristen zu hören sein: Seht, wie sie einander lieben?

Kirche im Umbau

Für eine Erneuerung im Geist des Evangeliums

von Paul M. Zulehner

Die christlichen Kirchen erleiden durch die Entwicklung moderner Kulturen eine tiefgreifende Umbaukrise. Das Verhältnis der Menschen zu allen normativen Institutionen, damit auch den Kirchen, ist "wählerisch" geworden. Wählen kann "sich entschieden engagieren" aber auch "abwählen" bedeuten. Dazu kommt, dass moderne Kulturen eine heimliche Vertröstung des Menschen auf das Diesseits pflegen. Die Suche nach dem Himmel spielt sich auf Erden ab. Auf solche Entwicklungen haben die Kirchen bislang nur reagiert: Lediglich die überkommene Arbeitsweise und Sozialgestalt der Kirchen wurde modifiziert. Ein weitsichtiges Agieren ist bislang ausgeblieben.

Eine erste schwerwiegende Herausforderung für die katholische Kirche stellt der von Fachleuten schon länger prognostizierte, erst aber nach dem Eintreten der Prognose ernstgenommene Mangel an "Priestern in Ruf- und Reichweite" dar. Kaum noch die Hälfte der im Laufe der Zeit errichteten Pfarrgemeinden kann heute mit einem Pfarrer "versorgt" werden.

Die Zauberformel von der "Kernidentität"

Auf diese Herausforderung des überkommenen Kirchensystems hat die katholische Kirche in einer beunruhigend hilflosen Weise reagiert: raumpflegerisch nämlich. Die Zahl der Seelsorgeeinheiten wird der Zahl der für die Pfarrseelsorge verfügbaren Priester angeglichen. Das führt zu seelsorglichen Megaräumen.

Die Nebenwirkungen der neuen Raumordnung sind nicht unerheblich. Zum ersten kommen auf die Leiter pastoraler Megaräume ungewohnte Aufgaben zu. Pastoralmanagement wird immer wichtiger. Sehr viele Priester stört diese Entwicklung. Sie waren angetreten, in erster Linie biographienahe Seelsorge zu betreiben und überschaubare Gemeinden zu leiten. In den pastoralen Megaräumen hingegen verliert Seelsorge ihre Nähe zu den Lebensgeschichten, wird aber zugleich immer mehr betriebsförmig. Der durchaus verständliche Versuch, die Seelsorge aus dem Priesteramt auszulagern, führt zu einer historisch einmaligen Neudefinition des Priesteramtes.

Die derzeitige Entwicklung führt zu einer schleichenden Reklerikalisierung des Kirchenbetriebs. Alle guten Vorsätze, die aus der Kirchenkonstitution "Lumen Gentium" erwachsen, sind vergessen. Die Kirche wird nicht (mehr) umfassend vom Volk Gottes her konzipiert, in dem es nur Berufene und Geistliche gibt (LG 32; CIC can. 208), darunter von Gott bestellte Amtsträger, Bischöfe, Priester und Diakone. Wären diese Vorsätze weiterhin handlungsleitend, müsste man den Priesteramtmangel nicht vom Klerus, sondern von den Gemeinden her angehen. Kirchliche Raumpflege orientiert sich aber am verfügbaren Klerus und nicht an den verfügbaren gläubigen Gemeinden.

Der Mangel an Priestern in pastoraler Ruf- und Reichweite bildet die erste Phase der Krise der herkömmlichen katholischen Kirchenstruktur. In einer zweiten Phase bedrängt Diözesen ein bedrohlicher Finanzmangel. Beklagenswertes Beispiel dafür ist die Erzdiözese Berlin. Um Ähnliches zu vermeiden, ist die Lösungsstrategie Berlins inzwischen Grundlage für kirchliche Maßnahmen anderer Diözesen geworden.

In ihrer finanziellen Bedrängnis rufen immer mehr Bistümer betriebswirtschaftliches Know-how zu Hilfe. Hohes Ansehen genießt bei Kirchenleitungen das auf diesem neuen Beratungsmarkt geschickt agierende Unternehmen McKinsey. Seine Arbeit zeichnet sich durch hohes betriebswirtschaftliches Können aus. Das Hauptziel ist, den Kirchenbetrieb auf jene Größe zurückzufahren, der wieder ohne schlaflose Nächte von Finanzkammerdirektoren finanzierbar ist.

Das Fachwort für diesen buchstäblich einschneidenden Vorgang heißt "downsizing" oder edler formuliert "redesigning". Alle Winkel des Kirchenbetriebs werden ausgeleuchtet, aufgespürt wird, was an Immobilien und Mobilien (Menschen) erübrigt werden kann.

Solche Kirchenreform orientiert sich nicht mehr am verfügbaren Klerus, sondern nur noch am verfügbaren Geld. Das führte etwa in der priesterarmen Erzdiözese Berlin zu dem paradoxen Ergebnis, dass das Bistum inmitten des drastischen Priestermangels einen nicht mehr finanzierbaren Priesterüberschuss verzeichnete und anderen Bistümern Priester "verkaufte" oder solche frühzeitig pensionierte. Das oberste Gestaltungsprinzip des Kirchenbetriebs ist eben betriebswirtschaftliche Vernunft. Theologische Rücksichtnahmen treten weit in den Hintergrund. Es geht gott-frei zu, a-theistisch sozusagen.

Ein unentbehrliches Instrument beim "downsizing" heißt Priorisierung. Wenn etwas aufgegeben werden muss und anderes bleibt, braucht es eine Rangordnung dessen, was morgen vorrangig geschehen soll oder eben auch nicht mehr gemacht werden kann. Für diesen Vorgang wird von den betriebswirtschaftlich Beratenden das Wunderkriterium der "Kernidentität" ins Spiel gebracht. Im Zuge des "downsizing", so die Botschaft, müsse sich die Kirche auf das zurückziehen, was unverzichtbar ist. Anderes könne sie getrost sein lassen.

Das untergehende Kirchensystem wird stabilisiert

Die Pastoraltheologie hat in jahrzehntelangem Konsens dafür mit der "Lehre" von den kirchlichen Grundfunktionen unfreiwillig vorgearbeitet. Diese werden nun aber nicht als durchgängige Dimensionen kirchlichen Lebens und pastoralen Tuns verstanden, sondern als Bereiche - Arbeitsfelder also. Gehen wir einmal davon aus, dass die Koinonia als "vierte Grundfunktion" von eigener Art ist, geht es vor allem um drei Grundfunktionen, deren altherwürdige Namen Liturgia, Martyria und Diakonia sind.

Mit dem Aufkommen der von gut gebildeten Laien getragenen neuen pastoralen Berufe (GemeindereferentInnen, PastoralreferentInnen) sowie den Diakonen sind diese drei Grundfunktionen schon insofern gewichtet worden, als bestimmte Aufgaben die Priesterweihe voraussetzen und andere nicht. Im Zuge des Priestermangels sind freilich durch "Delegation" oder "Teilhabe" von Laien an presbyteral definierten Aufgaben die Grenzen wieder verwischt worden.

Der Kernidentität werden nun jene Aufgabenfelder zugerechnet, in denen ein Priester unentbehrlich ist: Eucharistie, die Predigt in ihr, Sakramente, und das mit der Begründung, dass das sakramental vermittelte Handeln Gottes in der Kirche wichtiger ist als das diakonale Handeln von kirchlichen Menschen. Noch relativ gesichert ist die Finanzierung des Religionsunterrichts, nicht mehr so sicher die Finanzierung einiger theologischer Fakultäten; noch mehr abgebaut wird in sozialstaatlich relevanten Bereichen, damit in der Diakonie. Scharf gespart wird in der Bildung.

Sich auf die "Kernidentität" zu beschränken ist daher zwar betriebswirtschaftlich intelligent, zugleich aber pastoral verheerend. Die Studie an Diakonen im deutschsprachigen Raum im Jahr 2002 (vgl. Paul M. Zulehner: Dienende Männer. Anstifter zur Solidarität. Diakone in Westeuropa, Ostfildern 2003; Samariter - Prophet - Levit. Diakone im deutschsprachigen Raum. Eine empirische Studie, Ostfildern 2003) zeigt, wie gefährlich die Lehre von den drei Grundfunktionen ist, wenn sie in die Hände betriebswirtschaftlicher Kirchensanierer kommt. Denn es gibt letztlich keinen pastoralen Vorgang, der nicht an allen drei Grundfunktionen teilhat.

Die Kernidentität der Kirche lässt sich daher nicht mit den drei Grundfunktionen beschreiben, sondern schon weit eher mit dem Grundgebot Jesu von der unlösbaren Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. Die neuzeitliche Fundamentaltheologie hat dafür als Pole kirchlichen Handelns Mystik und Politik (Johann B. Metz, Dorothee Sölle, Rottenburger Synode), Kontemplation und Aktion

(Roger Schutz) gesetzt. Das Zweite Vatikanische Konzil nennt die Kirche in Christus das Sakrament, also Zeichen und Werkzeug des liebenden Ineinanders von Gott und den Menschen (LG 1). Der Passauer Pastoralplan von 2000 ist folglich zu Recht übertitelt "Gott und den Menschen nahe". Dort findet sich auch die Grundformel: "Wer in Gott eintaucht, taucht neben den Menschen, zumal den Armen, den Armgemachten auf."

Die Früchte der betriebswirtschaftlichen Sanierung deutscher Diözesen sind zwiespältig. Die Finanzkammerdirektoren atmen auf. Doch wissen sie genau, dass sie bestenfalls auf ganz wenige Jahre beruhigt sein können. Wenn es nicht zu einem starken Wirtschaftsaufschwung kommt, wenn es dazu nicht eine spürbare Trendumkehr im Mitgliedschaftsverhalten gibt, vor allem, wenn es nicht zu einem "missionarischen Aufbruch" kommt, kann man schon heute Verträge mit McKinsey für das nächste "downsizing" vorbereiten.

Was über den sanierten Bistümern lagert, ist nicht sonnige Aufbruchstimmung, sondern herbstlich-düstere pastorale Depression. Nach dem Weggang der betriebswirtschaftlichen Sanierer haben Gemeindeberatungen alle Hände voll zu tun, um einen weiteren Verfall der kirchlichen Organisationskultur aufzuhalten. Kein missionarischer Aufbruch droht.

Dazu kommt, dass in den betriebswirtschaftlichen Verträgen die Arbeit an einem pastoralen Aufbruch nicht enthalten ist, obgleich die verantwortlichen Berater darum wissen und auch die Diözesanverantwortlichen darauf hinweisen. Zunächst ist aber in einer Notoperation der schwer angeschlagene Kirchenbetrieb zu sanieren; seine wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit soll für die nächste Zeit gesichert werden.

HERDER KORRESPONDENZ 58 3/2004

Einkehrtage 2004 mit Heinz-Georg Surmund

von Mathilde Laubrock

Die Einkehrtage am Jahresbeginn in Freckenhorst standen unter dem Thema "Die Psalmen und unser Leben". Ein kurzer Rückblick - wenn auch etwas verspätet - ist mir ein Anliegen. Heinz-Georg Surmund hat uns auf zurückhaltende und einfühlsam begleitende Art verschiedene Tore zu den Psalmen aufgeschlossen. Die 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Runde haben sich auch gern mitnehmen lassen, ob beim Singen der von Heinz-Georg ausgewählten und komponierten Leitverse oder beim Lesen und Hören unterschiedlicher Übersetzungen der jeweiligen Psalmen, wobei das Holländische besondere Aufschlüsse gab, vor allem in einigen Nachdichtungen von Lloyd Haft.

Wir kamen immer in einen intensiven und guten Austausch, nah an so vielen verschiedenen Lebenssituationen. Die Psalmen sind trotz ihres hohen Alters und ihrer vermeintlichen Altbekanntheit immer noch jung und lebendig. "Der Psalter", so Rainer Maria Rilke, "ist eines der wenigen Bücher, in denen man sich restlos unterbringt, mag man noch so zerstreut und ungeordnet und angefochten sein." Die Psalmen klammern die Widersprüche in unserem Leben nicht aus und erst recht nicht die schweren und schmerzvollen Erfahrungen. Das ist uns in diesen beiden Tagen erneut aufgegangen. Klassische und neuzeitliche Musik zu den Psalmen hat diesen Eindruck verstärkt, für mich besonders noch eine Lesung aus Christa Wolfs "Ein Tag im Jahr". Heinz-Georg hatte den 27. September 1990 ausgewählt. Es tut einfach gut zu spüren, wie sich Worte und Erfahrungen über die Jahrtausende hinweg berühren und zusammenfinden können. Dank an alle, die dabei waren, besonders an Heinz-Georg Surmund.

Grenzgänger sein
und bleiben -
das heisst doch auch:
meine Grenzen wahrnehmen
und annehmen
aber über sie hinaus
blicken können
sehen, was vom Kern
eines anderen Bereichs
an meine Grenzen rührt
und sie - vielleicht - bewegt
erweitert, flüssig macht ...

Grenzgänger sein
heisst nicht
das Eigene verlieren.
Mein Eigengrund gibt mir die Freiheit
weit zu gehen ...
Ich kann mich verlassen
und vom Andern her sehen ...

Grenzgängerin möchte ich sein und bleiben.

Mathilde Laubrock

Zur beiliegenden Karte von "Ohne Rüstung leben" Die Militarisierung Europas

von Ferdinand Kerstiens

Im Ständigen Arbeitskreis haben wir über die neue europäische Verfassung gesprochen und beschlossen, die Karte von "Ohne Rüstung leben" beizulegen mit der Bitte an alle, sie zu unterschreiben und abzusenden. Worum geht es? Die europäische Verfassung wäre ja schon längst beschlossen, wenn Polen und Spanien dem Abstimmungsmodus zugestimmt hätten. Jetzt scheinen die Widerstände zu schwinden und ein Kompromiss in dieser Frage möglich. In der Öffentlichkeit ist ferner diskutiert worden, ob in der Einleitung ausdrücklich auf Gott Bezug genommen werden soll. Fast unbemerkt blieb aber in der Öffentlichkeit die Festschreibung der Militarisierung Europas in der geplanten Verfassung. Sie aber verändert unser bisheriges demokratisches Selbstverständnis und auch unser Grundgesetz.

1. Integration in die EU durch eine gemeinsame Militärpolitik

Im Verfassungsentwurf wird explizit erklärt: "Die Union ist dafür zuständig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen." (Artikel 1-11,4) "Die Mitgliedstaaten unterstützen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität und achten die Rechtsakte der Union in diesem Bereich." (Artikel 1-15,2) Einzelstaaten der EU können nach der Verabschiedung der EU-Verfassung die voranschreitende Militärpolitik nicht mehr ohne Weiteres verhindern. Die Militärpolitik wird zum Instrument der Integration der EU.

2. Aufrüstung als verfassungsrechtliche Pflicht (Art. 1-40,3, III-210,1 und III-342)

Artikel 1-40,3 stellt mit einer permanenten Aufrüstungsverpflichtung in Verfassungsrang ein absolutes Novum dar, denn noch nie wurde in irgendeinem Staat eine regelmäßige Pflicht zur Aufrüstung festgelegt: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." Zur Einhaltung dieser Pflicht wird - wie besonders von der europäischen Rüstungsindustrie gewünscht - im gleichen Artikel "ein europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeit eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen". Dieses Amt ist also auch selber Exekutive wie ein Ministerium. Von wem wird es kontrolliert?

3. Kampfeinsätze ohne völkerrechtliche Legitimierung

In Artikel I-3,4 bekennt sich die EU "zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen". Die Verpflichtung auf die Grundsätze ist zwar bedeutsam, es fehlt aber die strikte Befolgung aller Bestimmungen der UN-Charta, insbesondere das Gewaltverbot (Artikel 2,4 der UN-Charta), das besagt, dass in jedem Fall über einen Kampfeinsatz zur Krisenbewältigung allein der UN-Sicherheitsrat zu entscheiden hat.

4. Weltweite Terrorismusbekämpfung

Der Artikel III-210,1 ermöglicht sogar "Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung", wie z. B. zur "Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet." Welche Art von Krisen durch Kampfeinsätze bewältigt werden wollen, bleibt offen. Wer bestimmt da, was Terrorismus ist? Mandate des UN-Sicherheitsrates werden dafür nicht vorausgesetzt. Die EU soll also (in Konkurrenz zu den USA) in eine weltweit operierende militärische Interventionsmacht umgewandelt werden. Was das bedeutet, kann man unschwer an den Strategieentwicklungen des vergangenen Jahres ablesen. Die NATO hat sich bereits das Recht zur Selbstmandatierung genommen. Auch Angriffskriege wie gegen das ehemalige Jugoslawien und Afghanistan wären nun in Europa verfassungsmäßig legitimiert. Hierbei handelt es sich um ein extrem weit gefasstes Mandat für etwaige EU-Kampfeinsätze. Es würde der EU sogar erlauben, sich in Bürgerkriegen auf die Seite der einen oder anderen Fraktion zu schlagen und militärisch mit der Begründung des Kampfes gegen den Terrorismus einzugreifen. Die EU auf der Seite Russlands im Kampf gegen den Terrorismus in Tschetschenien oder an der Seite Israels gegen Palästina? Die Grenze solcher weltweiten Einsätze bleibt offen.

5. Ausschaltung des EU-Parlamentes

"Verlangt eine internationale Situation ein operatives Vorgehen der Union, so erlässt der Ministerrat die erforderlichen Beschlüsse." (Artikel 198,1) Das EU-Parlament wird also an diesen Beschlüssen nicht beteiligt. Es wird lediglich gesagt, dass das Parlament zu den wichtigen Aspekten anzuhören sei und über die Entwicklung der "grundlegenden Weichenstellungen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Laufenden gehalten wird." Doch eine Informationspflicht ist kein Beschlussrecht. Die Entscheidung fällt alleine der Ministerrat, die Vertretung der verschiedenen Regierungen. Die parlamentarische Kontrolle entfällt.

Man muss nun die genannten Punkte zusammenhalten. Ohne parlamentarische Kontrolle und Beschlussrecht wird die Militärpolitik von dem Ministerrat (also auch nicht von der europäischen

Kommission) verantwortet und von dem "Europäischen Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten", also weit weg von den Menschen in Europa, hinter verschlossenen Türen.

Vielleicht ist es wegen der Verzögerung durch Spanien und Polen noch möglich, in die Debatte um die Militarisierung der EU einzugreifen. Auf jeden Fall ist das wichtig für die Diskussion, die ja auch noch in unserem Bundestag geführt werden muss. Es gilt, Abgeordnete zu sensibilisieren, damit sie nicht sich und das neu zu wählende EU-Parlament schon im Vorfeld entmachten und alle Gewalt den Regierungen übergeben, die sie doch kontrollieren sollen.

"Freckenhorster" Hochgebete

Die Gebete in unseren Sonntagsgottesdiensten sind lebensfern, steril, und immer gleich. Sie sind Ausdruck einer überholten unchristlichen Opfertheologie, behindern dadurch die Ökumene und fördern ein sehr problematisches Gottesbild, das nicht der Predigt Jesu vom barmherzigen Vater entspricht.

*Der AK-Ökumene möchte die **FK-Mitglieder** dazu aufrufen, im Gottesdienst nicht nur eine ansprechende theologisch fundierte Predigt zu erwarten. **Fordern Sie in Ihren Gemeinden lebensnahe Texte** ein, die den Gott Jesu für heutige Menschen verkünden.*

Der erste Schritt:

Schicken Sie uns neue Hochgebete zu, die Sie (als Pfarrer) in Ihrer Gemeinde eingeführt haben, oder die Sie (als Gemeindeglied) in Ihrer Gemeinde beten! Wir werden Sie in den nächsten Nummern veröffentlichen.

Welt gestalten

Präfatation

Es ist gut und richtig, dir, Gott, immer wieder zu danken;
denn in Jesus hast du offenbart,
wer und wie du für uns bist,
ein menschen- und lebensfreundlicher Gott.

In ihm, Jesus Christus, sind wir mehr als Frauen und Männer,
wir sind Schwestern und Brüder
über alle Grenzen hinweg.

Wir danken dir;
denn die frohe Botschaft ruft uns zur Umkehr
aus ungerechten und erniedrigenden Verhältnissen,
zu Solidarität und Achtung voreinander.
Wir danken dir für das Leben, das du uns geschenkt hast.
Darum freuen wir uns und singen:

Ja, heilig bist du, Gott.
Du gabst uns Frauen und Männern
Augen zum Sehen und Ohren zum Hören,
einen Mund zum Reden und Hände zum Handeln,
ein Herz zum Fühlen und einen Verstand zum Denken,
um gemeinsam diese Welt zu gestalten,
glaubend und hoffend aufgrund der Botschaft Jesu.

An Jesus denken wir jetzt,
wie er die Menschen,
unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Stand,
aufrichtete und befreite von Not und Schuld.

Weil seine Art zu leben, zu heilen und zu reden,
die politischen und religiösen Führer bedrohte,
trachteten sie ihm nach dem Leben.

Wir erinnern uns an das letzte Mahl
mit seinen Jüngerinnen und Jüngern und bitten dich:
Sende deinen Geist auf diese Gaben,
damit im Teilen des Brotes
(im Teilen von Brot und Wein)
Jesus Christus unter uns gegenwärtig wird.

Es war in der Nacht vor seinem Leiden.
Im Angesichte des Todes kam Jesus mit den Seinen zusammen,
um von ihnen Abschied zu nehmen.
In jener Nacht nahm er während des Essens
Brot in seine Hände, dankte dafür, brach es
und reichte es den Seinen mit den Worten:

Nehmet und esset alle davon. Das ist mein Leib, der für euch hingegeben wird.

Ebenso nahm er in jener Nacht
nach dem Essen den Becher mit Wein,
dankte wiederum und reichte ihn den Seinen mit den Worten:

Nehmet und trinket alle daraus.
Das ist der Becher
des immerwährenden Bundes, mein Blut,
das für euch und für alle vergossen wird
zur Vergebung der Schuld.
Tut dies zu meinem Gedächtnis.

Überzeugt davon, daß Jesus lebt,
feiern wir auch heute dieses Mahl
und verstehen das Teilen des Brotes
als Zeichen der Hoffnung und des Protestes
gegen alle Gewalt und Demütigung,
die Menschen krümmt.

Wir bitten dich für alle,
die in der Kirche eine besondere Verantwortung tragen.
Wir bitten für den Bischof von Rom und unseren Bischof.
Gib, daß die Gaben und Fähigkeiten
von Frauen und Männern geschätzt werden,
damit Menschen in deiner Gemeinde
Heimat, Sinn und Lebenskraft erfahren.

Gedenke der Verstorbenen
und vollende das Gute, das sie begonnen haben.
Erbarme dich der Opfer von Verbrechen, Hunger und Krieg,
deren Leid und Tod niemand verhindern konnte oder wollte.

Gib, guter Gott,
 daß wir dir am Ende unserer Tage
 trotz Enttäuschungen und Rückschlägen
 ein aufrechtes und erfülltes Leben
 zurückgeben können.
 Darauf hoffen wir im Glauben an Jesus Christus.
 Durch ihn und mit ihm und in ihm
 ist dir, guter Gott,
 in der Gemeinschaft des Heiligen Geistes
 Lob und Preis
 heute und für Zeit und Ewigkeit.
 Amen.

Aus: Hochgebete: Texte zum Teilen von Brot und Wein, herausgegeben von Urs Eigenmann, Edition Exodus, Luzern 1996

• • • • •

Richtigstellung

Das in der letzten Nummer der FK-Informationen veröffentlichte Hochgebet "Von Gott erzählen" ist nicht - wie angegeben - in der Regionalgruppe Recklinghausen entstanden. Es stammt vielmehr in leicht veränderter Fassung aus dem Buch "Hochgebete" - Texte zum Teilen von Brot und Wein - Edition EXODUS, Luzern 1998, herausgegeben von Urs Eigenmann.

• • • • •

Kopftuchstreit

Die FK-Informationen übernehmen die Argumentation von pax christi zum Kopftuchstreit aus einem Brief von pax christi an die Landtagsfraktion der SPD. (gekürzt)

I. Gutachten zum Kopftuchstreit

In den Medien lesen wir von dem Gutachten von Herrn Professor Ulrich Battis zum Kopftuchstreit, der ein Verbot des Kopftuches in den Schulen befürwortet und nur einzelne Ausnahmen zulassen will. (...) Unserem Rechtsstaat entspricht doch eigentlich ein umgekehrtes Verfahren: in dubio pro reo. Demnach müßte das Tragen eines Kopftuches auch in den Schulen erlaubt sein, bis ein Verstoß im Verhalten einer Lehrerin gegen unsere demokratische Grundordnung erwiesen ist. Wir dürfen uns nicht - so der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Ernst Wolfgang Böckenförde - die Definitionshoheit über die Deutung des Kopftuches anmaßen, um anschließend das Tragen in den Schulen zu verbieten. (...)

II. Warum wir kein Kopftuchverbot wollen

Die Bistumsstelle Münster der deutschen Sektion von pax christi lehnt ein Verbot für muslimische Lehrerinnen ab, in der Schule ein Kopftuch zu tragen. Wir sind davon überzeugt, daß dieses Verbot sein erklärtes Ziel verfehlen würde, politische Indoktrination und religiösen Fanatismus aus den deutschen Schulen fernzuhalten. Vielmehr würde es gravierende negative Folgen haben und umgekehrt positive Chancen zur Integration muslimischer Bürgerinnen versäumen. (...)

Das Kopftuchverbot führt in die falsche Richtung! Wir unterstützen die Ziele, unsere Jugend zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu erziehen und die Werte unserer freiheitlichen Demokratie zu verteidigen. Aber andere Wege und Mittel würden diesen Zielen besser dienen als ein Kopftuchverbot. (...)

III. Wie wir die Deutungsmuster der Befürworter und Gegner eines Verbots sehen

Gegen das Tragen des Kopftuches in der Schule werden besonders folgende Argumente benutzt:

- Das Mäßigungsgebot der deutschen Verfassung läßt die Demonstration eines religiösen Bekenntnisses in der Schule nicht zu.
- Die Neutralitätspflicht des Staates steht über der Religionsfreiheit des einzelnen Beamten.
- Staatsbeamte müssen jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit für die Gleichstellung von Frau und Mann eintreten.
- Das Kopftuch ist ein Symbol der Politisierung von Religion und richtet sich gegen die Verfassung.
- Eine Lehrerin, die es trotzdem trägt, zeigt damit ihre mangelnde Eignung für diese Tätigkeit.
- Muslime leben in einer christlichen Mehrheitsgesellschaft und müssen sich dieser "Leitkultur" unterordnen.
- Eine multikulturelle Gesellschaft muß/darf nicht zu einem multikulturellen Staat führen.

(...)

Für das Tragen des Kopftuches in der Schule werden besonders folgende Argumente vorgetragen, denen wir uns weitgehend anschließen:

- Aus der staatlichen Neutralitätspflicht folgt nicht, daß Religion gänzlich aus dem öffentlichen Raum verbannt werden muß; denn es gibt in Deutschland keine strikte Trennung von Staat und Religion.
- Wer die Integration will, muß die im GG verankerte Religionsfreiheit achten.
- Die Vieldeutigkeit des Kopftuchs läßt eine allgemeine Aussage über seinen Symbolgehalt nicht zu.
- Aus der Tatsache, daß eine Lehrerin ein Kopftuch trägt, folgt nicht von vornherein, daß sie Schüler/innen in ihrem Sinne missionieren und indoktrinieren will.
- Ein Verbot des Kopftuches wäre eine geschlechtliche Diskriminierung.
- Sie wäre darüber hinaus eine Diskriminierung des Islam und ein Ausdruck der Ungleichbehandlung von Religionen; damit verstieße sie gegen die EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung der Religionen.
- Wer das Kopftuch aus der Schule verbannen will, muß auch andere religiöse Symbole verbieten (Kreuz, Kippa, Ordenstracht); damit würde die negative Religionsfreiheit (Freiheit von der Religion) höher bewertet als die positive (Freiheit zur Religion) - ein Argument, das auch Bundespräsident Rau in seiner umstrittenen Neujahrsrede 2004 anführte.

Wir geben zu bedenken: Symbole sind vieldeutig. Die muslimischen Frauen, die ein Kopftuch tragen wollen, können unterschiedliche Gründe dafür haben. Die meisten Gründe haben mit Extremismus und Kulturkampf nichts zu tun, aber z. B. mit religiöser Tradition und der Erfüllung einer Vorschrift des Koran, mit ihrem Verständnis von Frauenwürde, ja sogar Emanzipation der Frau. Diese Grundeinstellungen und Werte müssen wir nicht abwehren oder von unserer Jugend fernhalten, auch wenn uns ihre konkrete Ausprägung nicht gefällt!

Es trifft zu, daß religiöse Symbole zum Ausdruck einer politischen Ideologie benutzt und umgewandelt werden können. Doch eine Verbotspolitik würde diese Tendenz ja quasi bestätigen und so eher verstärken. Damit solche Symbole eben nicht zum Mittel ideologischer Kämpfe werden, kommt es entscheidend auf die Förderung von Toleranz in der Gesellschaft an. Je selbstverständlicher das Kopftuch getragen werden kann und respektiert wird, umso weniger eignet es sich als Instrument politisch-ideologischer Auseinandersetzung.

IV. Warum wir meinen, daß ein Verbot sein Ziel verfehlen würde

Zur Indoktrination von Jugendlichen gehört mehr als das Tragen eines Symbols durch eine Autoritätsperson. Wenn junge Menschen über die Konfrontation mit einem Symbol zu beeinflussen oder zu gewinnen wären, ließe sich die Weitergabe unserer christlichen Überzeugungen sicherlich viel leichter bewerkstelligen! (...)

V. Warum es unserer Verfassung nicht gerecht würde

Ein religiöses Symbol wie Schleier oder Kopftuch öffentlich zu tragen, ist Ausdruck persönlicher Verantwortung, Überzeugung und freier Entscheidung. Es entspricht einem Grundsatz des Koran, daß in Religionsangelegenheiten kein Zwang ausgeübt werden soll. Dieser Grundsatz der Freiheit in der Religion, der Islam und Christentum gemeinsam ist, entspricht dem Gebot der Religionsfreiheit im deutschen Grundgesetz. Daraus wird vom Bundesverfassungsgericht das Votum abgeleitet, daß "Offenheit gegenüber der Vielfalt weltanschaulich-religiöser Überzeugungen" unseren freiheitlichen Staat präge. Gerade in der Schule zeigt sich nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts die Chance und Notwendigkeit, diese Neutralität des freiheitlichen Staates dadurch einzulösen, daß er auch "für andere religiöse Inhalte und Werte offen" ist. Eine Akzeptanz des Kopftuchs würde diese Offenheit dokumentieren.

VI. Welche negativen Folgen ein Verbot hätte und welche Chancen es verpassen würde

Wir geben die schädlichen Nebenwirkungen eines solchen Verbots zu bedenken. Muslimische Frauen, ja, traditionsgebundene Moslems allgemein werden durch die einfache Gleichung Kopftuch = Extremismus mit Fanatismus und Bedrohung in Verbindung gebracht. Sie werden sich diskriminiert und ausgeschlossen fühlen (...). Aus unserer Sicht könnte diese Botschaft der Ausgrenzung wiederum Tendenzen in der muslimischen Bevölkerung zur Isolation und zu Parallelgesellschaften eher noch fördern und Radikalisierungen verstärken - viel mehr als das Dulden des Kopftuchs. (...)

Andererseits wäre die Beteiligung muslimischer Frauen an der Ausbildung und Erziehung in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft eher bereichernd und hilfreich. (...) Partizipation und Entfaltungsmöglichkeiten der muslimischen Bürgerinnen lassen (zudem) Loyalität und Einbindung in unser politisch-verfassungsrechtliches System wachsen - ein erklärtes Ziel aller demokratischen Parteien unseres Landes!

VII. Welche besseren Alternativen zur Abwehr von Indoktrination es gibt

Die wenigen muslimischen Lehrerinnen, die überhaupt unsere Ausbildungsgänge durchlaufen und eine Anstellung in einer öffentlichen Schule finden, sind geprüft worden, haben sich an Lehrpläne zu halten, arbeiten in Fachkonferenzen mit, werden von der Schülerschaft und den Eltern beobachtet und von Schulleitungen und Schulaufsicht kontrolliert. Diese Mechanismen der Einbindung und der Aufmerksamkeit für den Einzelfall sind eher geeignet, Indoktrination zu verhindern als das Verbot eines Kopftuchs. (...)

"Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime"

Anmerkungen zu einer unseligen Debatte

von Thomas Nauerth, Bielefeld

• **Jeder Mensch** braucht, um tiefste Überzeugungen auszudrücken und zu leben, Symbole. Religion - wie jede andere tiefe Überzeugung - ist ohne Symbole nicht denkbar und nicht lebbar. Freiheit der Religionsausübung beinhaltet daher notwendig die Freiheit eigener Symbolwahl.

- **Der Mißbrauch** eines Zeichens entwertet nicht das Zeichen insgesamt. Sonst wäre nach dem furchtbaren Blutvergießen der Kreuzzüge das Zeichen des Kreuzes bis heute untragbar. Jeder muß und kann selbst entscheiden, ab wann ein Zeichen untragbar wird.
- **Eine der existentiellsten** Verstrickungen, in die ein Mensch geraten kann, ist Religion. Sie prägt sein Wesen zutiefst. Keine andere Bindung, die ein religiöser Mensch eingeht, kann und darf diese Prägung negieren. Auch nicht das Berufsbeamtentum.
- **Die Symbolwelt** jeder Religion, auch jeder Schriftreligion ist immer auch kulturell geprägt. Die Diskussion, ob im Koran Kopftücher für Frauen vorgeschrieben werden oder ob nicht, ist sinnlos. Es gibt in verschiedenen Kulturen die Tradition der Kopfbedeckung, in islamischen Kulturen und Traditionen genauso wie in christlichen Kulturen und Traditionen - und zwar bis heute.
- **Der Mensch** ist nie ein neutrales Wesen, sondern immer ein engagiertes und in verschiedenste Bezüge und Kontexte verstricktes Wesen. Auch jeder Lehrer ist so nie eine neutrale Instanz, sondern immer ein Mensch mit Leidenschaften und Interessen. Er prägt damit, nolens volens, immer auch seinen Unterricht, sei es als Kaninchenzüchter, Schlipsträger, Vegetarier, Anthroposoph, Fußballfan[atiker] oder als Greenpeace-Aktivist. Jeder Schüler muß (und kann) sich mit solchen Prägungen auseinandersetzen.
- **Die Frage**, ob der Staat islamischen Frauen in beamteter Stellung das Kopftuch erlauben darf, ist genauso sinnlos, wie die Frage, ob er es verbieten soll. Die Kleidung der »Untertanen«, auch der weiblichen, hat einen modernen Staat, will er demokratisch sein, nicht zu interessieren.
- **Der Islam** ist aus der Geschichte Europas sowenig wegzudenken wie aus der Gegenwart Europas. Es waren im Mittelalter islamische Gelehrte, die entscheidende geistige Anstöße für die beginnende Scholastik geliefert haben, und es sind heute viele geborene Europäer, die sich zum Islam bekennen. "Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten" (...) [und] "ermahnt alle sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen" so das II. Vatikanische Konzil der Katholischen Kirche.
- **Die Aufgabe** in Europa und weltweit besteht in der Entwicklung ökumenischer Perspektiven für die abrahamitischen Religionen. Die Aufgabe Europas besteht in der Ermöglichung der Bildung eines modernen europäischen Islam. Die Aufgabe heißt Dialog, nicht Abgrenzung.
- **Die Aufgabe** der christlichen Kirchen ist noch größer; sie lautet Versöhnung der abrahamitischen Religionen, damit die drei monotheistischen Religionen gemeinsam ihre Stimme und ihre Kraft einsetzen für ein friedliches Zusammenleben auf diesem Planeten. So jedenfalls skizzierte der polnische Papst jüngst die Aufgabe: "Heute spüren wir das dringende Bedürfnis nach einer aufrichtigen Versöhnung unter denjenigen, die an den einen Gott glauben. Der Jude verehrt den Allmächtigen als »Beschützer des Menschen« und als »Gott, der das Leben verspricht«. Der Christ weiß, daß Gott sich aus Liebe auf den Menschen eingelassen hat und daß er dafür vom Menschen wiederum als Antwort Liebe erwartet. Für den Muslimen ist Gott gut, und er versteht es, den Gläubigen mit Geschenken seines Erbarmens zu überschütten. Auf diese Überzeugungen gestützt, können Juden, Christen und Muslime nicht akzeptieren, daß die Erde von Haß verzehrt und die Menschheit von endlosem Kriegsgeschehen heimgesucht wird."

Thomas Nauerth

Buchbesprechung

von Monika Fischer

Frieden für Israel - Israeli-Peace-and-Human-Rights-Groups in Israel

Baum/Frankemölle/Münz (Hg.)

"Einer späteren Generation Bericht geben (...) von dem inneren und äußeren Erleben" jetzt in Israel ist für einen der Herausgeber, Hubert Frankemölle, das angemessene Motto dieses Buches, das 2002 im Bonifatius-Verlag Paderborn erschienen ist. Es ist eine Dokumentation, in der 14 unterschiedlichste israelische Friedens-, Menschenrechts-, und Gerechtigkeitsgruppen vorgestellt werden und über deren Erfahrungen berichtet wird. Darunter sind jüdisch-orthodox-religiöse, jüdisch-traditionell-religiöse, christliche, moslemische, säkulare und atheistische Israelis. Was diese Gruppen miteinander verbindet, ist eine tiefe Liebe zu Israel, daß sie sich als einen jüdischen Staat Seite an Seite mit einem palästinensischen Staat vorstellen, mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt, West-Jerusalem für Israel, Ost-Jerusalem für Palästina.

Die im vorliegenden Buch vorgestellten Positionen weichen z. T. stark voneinander ab und geben nicht die Meinungen der Herausgeber wieder. Eines ihrer Ziele ist es, das durch die Medien vermittelte einseitige Bild von Israel zu objektivieren und den israelischen Lesern die Ausrede "Das haben wir nicht gewußt" zu verwehren. Die gemeinsame Arbeit dieser Friedensgruppen ist ein lebendiger Beweis dafür, daß friedliche Partnerschaft zwischen jüdischen, moslemischen und christlichen Israelis möglich ist. Die vorliegende Studie gibt auch Bericht von dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Dieser Konflikt besteht seit Beginn der jüdisch-zionistischen Einwanderung vor ca. 110 Jahren und dauert bis heute an. Seine Ursache ist das Aufeinandertreffen der Ansprüche zweier Völker auf ein Land. Dieser Konflikt wird von den betroffenen Völkern als ein Konflikt um das eigene Überleben empfunden. (...)

Teil des Konflikts ist die gegenseitige Infragestellung des nationalen Selbstverständnisses und der daraus abgeleiteten Rechte des Gegners. So war es unter Juden weit verbreitet, palästinensische Ansprüche auf das Land zu leugnen und sie auf arabische Staaten als Heimatländer zu verweisen. Umgekehrt leugneten Araber eine spezielle Beziehung der Juden zu diesem Land und verwiesen sie auf ihre Herkunftsländer. Dem Zionismus wiederum liegt die Überzeugung zugrunde, daß der Antisemitismus eine Integration der Juden in ihren Herkunftsländern unmöglich mache. Die vorliegende Studie stellt die wichtigsten 14 Friedensgruppen in Israel vor, von denen drei nun kurz exemplarisch charakterisiert werden sollen:

1.

Eine der wichtigen Gruppen sind die **Rabbis for Human Rights -Rabbiner für Menschenrechte (RHR)**, weil sie als einzige Organisation der jüdischen Tradition der Menschenrechte Ausdruck verleiht. Als einzige Rabbinerorganisation vereinen sie Reformrabbiner, konservative, orthodoxe und dem Rekonstruktivismus angehörende Rabbiner und gelten als die Stimme des Gewissens in Israel. 1988 wurden sie als Reaktion auf schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen durch das israelische Militär gegen die Intifada gegründet. Die Rabbiner der RHR tragen eine moralische Verantwortung gemäß dem Grundsatz der Tora "Du sollst den Fremden lieben wie dich selbst, denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen" (Lev 19,34). Eine ihrer Aktionen ist der gewaltlose Widerstand gegen die Zerstörung von Wohnhäusern von Palästinensern in der Westbank, "deren einziges Verbrechen in dem Wunsch besteht, ein Dach über dem Kopf zu haben" (S.58), wobei Rabbi Asherman bei dem Versuch, einen riesigen Bulldozer zu blockieren, verhaftet wurde.

2.

Was ist **ICAHD**? Das **Israeli Committee Against House Demolitions** - das Israelische Komitee gegen die Zerstörung von Häusern, wurde mit der Unterstützung von **Bat Shalom** gegründet und setzt sich aus mehreren israelischen Friedens- und Menschenrechtsgruppen zusammen. Seit 1967 wurden im Gaza-Streifen, der West-Bank und im arabischen Ost-Jerusalem etwa 8000 palästinensische Wohnhäuser zerstört, was für 30 000 Palästinenser Obdachlosigkeit bedeutet. Nach Beginn der Intifada wurden weitere 700 palästinensische Häuser zerstört, und es gibt gültige Befehle zum Abbruch einiger Tausend weiterer Häuser aus rein politischen Motiven. Zu den Aktivitäten des **ICAHD** gehören: Widerstand gegen die Zerstörung palästinensischer Häuser und der Aufbau dieser Häuser zum Zeichen des Widerstandes; Informationsverbreitung und Aufbau eines Netzwerkes sowie umfassende Unterstützung palästinensischer Familien. Der folgende erschütternde Bericht – hier ein kurzer Auszug – über die Zerstörung von Häusern stammt von Jeff Halper, Professor für Anthropologie und Koordinator von **ICAHD**: "Heute morgen (9. 7. 01) gegen 7.30 Uhr erfuhr ich in einem Telefonat, daß sechs Bulldozer in Begleitung Hunderter von Soldaten dabei seien, in das Flüchtlingslager Shuafat nördlich von Jerusalem einzudringen. (...) Wir durchschritten das verwüstete Lager, in dem gut 25 000 Menschen leben. (Wir sahen) unsolide gebaute Betonhäuser, die (...) zu einem Abhang führten, in den die bloßen Abwässer des Lagers hineinfließen bis zu jenen Häusern, an denen die Bulldozer bereits ihre Abbrucharbeiten begonnen hatten. (...) Um den Soldaten und Polizisten aus dem Weg zu gehen, gingen wir durch die Straßen den Abhang hinunter, waten durch die Abwässer, um an den eigentlichen Ort der Zerstörungen zu gelangen. Armee und Polizei standen mit dem Rücken zu uns, während sie die Bulldozer vor der aufgebrachten Menge beschützten, unter denen sich auch die Hausbesitzer befanden, die - dem Wahnsinn nahe - hilflos zusehen mußten, wie sich ihre Hab-seligkeiten in Staub auflösten. Schnell rannten wir zu den Bulldozern und legten uns direkt vor sie auf den Boden. Sicher, eine rein symbolische Aktion, aber sie schuf eine Szenerie, die den Fotografen Gelegenheit gab, ihre "Schüsse" zu machen. (...) Es reicht schon, daß unser Tun als Auslöser diente, die Bilder der Zerstörung in die Welt hinauszutragen."

3.

"Wir weigern uns, Feinde zu sein" war das Motto eines Protestmarsches der **Coalition of Women for a Just Peace** im Februar 2001 in den Straßen Jerusalems. Die Frauenkoalition für einen gerechten Frieden (gegründet im November 2000) ist ein Zusammenschluß aus acht israelischen Frauenorganisationen, die aus jüdischen und palästinensischen Frauen besteht, die alle Bürgerinnen Israels sind. Dazu gehören u.a. (**Bat Shalom**, Tochter des Friedens) und **Jerusalem Link** sowie die Women in Black. Jerusalem Link ist die Koordinationsstelle zweier unabhängiger Frauenzentren: Bat Shalom und Jerusalem Center for Women mit Sitz in Ost-Jerusalem. Women in Black, im Januar 1988 nach Beginn der ersten Intifada in Jerusalem gegründet, sind unterschiedliche Frauengruppen in ganz Israel, die jeden Freitagnachmittag schwarz gekleidet gegen die Okkupation demonstrieren. Inzwischen gibt es in Europa, Kanada, den USA und Australien auch Gruppen von *Women in Black*, die durch Mahnwachen ihre Solidarität mit den Anliegen der israelischen und palästinensischen Women in Black bekunden.

Die Auswahl der beschriebenen drei Gruppierungen bedeutet keinesfalls, daß die im Buch vorgestellten weiteren Friedensgruppen eine geringe Relevanz besitzen. Es sind dies *die Association for Civil Rights in Israel (ACRI)*, *OZ VeShalom/Nevitot Shalom*, *Gush Shalom*, *B`TSELEM*, *(Israel Council for Israeli-Palestinian Peace(ICIPP))*, *Shalom Achshav-PeaceNow*, *Israel-Palestine Center for Research and Information (IPCRI)*, *The Minerva Center for Human Rights*, *Taayush - Zusammen leben*, *Nev e Shalom/Wahat al Salam/Oase des Friedens*.

Dieses Buch vermittelt dem Leser Hoffnung in dreifacher Hinsicht: Bei 6 Millionen Einwohnern in Israel, einem Land der Größe Hessens, brachte die Friedensbewegung Shalom Achshav im Jahre 1982 400.000 Demonstranten auf die Straße, während die Friedensbewegung in Deutschland mit seinen 60 Millionen nur 200.000 Demonstranten mobilisieren konnte. Diese Zahlen lassen die Vermutung zu, daß die Position der Friedensgruppen die latente Mehrheit der israelischen Bevölkerung widerspiegelt. Ein zweites: die israelischen Friedensgruppen bestehen in der Mehrzahl aus Juden, die sich für die Selbstbestimmung der Palästinenser einsetzen. Drittens stimmt hoffnungsvoll, daß sich in 10 der 14 Friedensgruppen jüdische und arabische (christliche und moslemische) Israelis solidarisch für eine gerechte Gesellschaft in Israel engagieren. Das folgende jüdische Gebet, vorgetragen von Gila Svirsky, der Sprecherin der Coalition of Women for Peace während einer Friedensdemonstration, faßt die Anliegen der Friedensgruppen zusammen: "Möge die göttliche Gegenwart all ihren Kindern Kraft geben und möge sie all ihre Kinder mit Frieden segnen." Und kann es ein besseres Motto für die Hoffnung der Friedensaktivisten geben als das von ihnen gesungene Lied: We shall overcome?

• • • • •

WENN JESUS HEUTE LEBEN WÜRDE

Raimund Heidrich

Jesus ist kein Priester und kein Theologe.
Jesus ist ein Laie, ein Handwerker ohne Abitur.
Er ist ein junger Schnösel, der Gott einfach duzt.

Er ist so vermessen, daß er die Hierarchie, das Lehramt
und die Tradition kritisiert - gerade im Namen der älteren,
guten Tradition.
Die frommen Kirchgänger, die sogenannten "praktizierenden
Christen", warnt er vor Selbstgerechtigkeit.

Jesus läßt sich mit Randexistenzen ein,
von denen man sich eigentlich fernhalten sollte:
Penner, Prostituierte, Homosexuelle,
Arbeitslose, Türken, Asylanten.
Er nennt sie "Lieblinge Gottes".

Jesus verlangt Unmögliches. Er ist einfach zu radikal:
- absolute Gewaltlosigkeit
- absolute Wahrhaftigkeit
- Einheit von Wort und Tat
- Absage an Karriere und Besitz
- Liebe zu allen Menschen, auch zum Feind,
auch zum Kommunisten, Terroristen, Ausgeflippten ...

Trotz aller Bedrohung setzt er nur auf Gott.
Er wird von kirchlichen und staatlichen Stellen
als Sicherheitsrisiko angesehen.
Aber Jesus bleibt sich treu.
Er ist konsequent - bis zum Ende.

Zunächst macht man ihn nur mundtot.
Dann läßt man ihn in der Nervenheilanstalt verschwinden,
oder er fällt einem Attentat zum Opfer, oder ...
Es gibt heute viele Möglichkeiten,
Jesus auszuschalten,
und sie werden auch fleißig genutzt.

•••••

Termine

Ständiger Arbeitskreis:

(jeweils von 15.30 Uhr - 18.30 Uhr)

6.6.2004: Recklinghausen
4.7.2004: bei Erika Becker (mit Bischof Saier von Misereor)

•••

Regionalkreis Münster:

Der Kreis trifft sich in privatem Rahmen. Bei den Treffen wird immer nur ein Termin im voraus festgelegt.
Neue Mitglieder sind willkommen.

Kontaktpersonen:

Johannes Becker: Telefon (0 25 33) 6 77
Ludwig Wilmes: Telefon (0 25 36) 14 08
Wenn Sie Interesse haben, rufen Sie an!

Veranstaltungen

"Was mir am Herzen liegt ..."

Hans Werners wäre in diesem Jahr am 6. September 90 Jahre alt geworden. Wir nehmen diesen Jahrestag zum Anlaß für einen festlichen Erinnerungstag.

Zeit:

17. September 2004
17:00 Uhr – 21:00 Uhr

Ort:

Pfarrzentrum St. Sebastian, Münster-Nienberge

Weitere Informationen in der nächsten Nummer oder im Internet unter www.freckenhorster-kreis.de

Jahrestagung 2004

Gemeinde der Zukunft in der Vielfalt ihrer Akzente
(Jahresthema 2004)

Zeit:

1. und 2. Oktober 2004

Ort:

LVHS Freckenhorst
(Einladung folgt)

• • • •

Si tacuisses ... : Sprachstörungen **"Ich sag mal"**

von Angelika Wilmes

Heutzutage "sagt man mal"! Mit Betonung auf "mal". Man kann auch "einfach mal sagen". Dabei steht das "einfach" für Mut: Was man eigentlich besser für sich behielte, was noch nicht recht ausgegoren ist, das sagt man jetzt "einfach". Das "mal" steht für Unverbindlichkeit. Vielleicht sag ich morgen schon etwas ganz anderes.

Ich sag mal: "Die Politiker machen doch, was sie wollen!"

Ich sag mal: "Lieber nicht einmischen!"

Ich sag mal: "Wir brauchen mehr Wachstum!"

Ich sag mal: "Jetzt heißt es, den Gürtel enger schnallen!"

Ich sag mal: "Wir sollten mehr für unsere Umwelt tun!"

Ich sag mal: "Wem hilft es, wenn ich mein Auto zu Hause lasse!"

Ich sag mal: "Jeder ist sich selbst der Nächste!"

Ich sag mal: "Es gibt keine Hilfsbereitschaft mehr unter den Menschen!"

Ich sag mal dies, mal sag ich das, - im Grunde weiß ich garnicht, was!

**Freckenhorster Kreis
Albachtener Str. 101 e
48163 Münster**

Redaktion:

Angelika Wilmes • Albachtener Str. 101 e • 48163 Münster

Bürozeit:

In der Regel mittwochs, 9:30 – 14:00 Uhr

Telefon:

(0 25 36) 14 08

Telefax:

(0 25 36) 344 946

e-mail:

fk-buero@gmx.de

Internet:

www.freckenhorster-kreis.de

Unsere Konten:

Darlehnskasse im Bistum Münster
(BLZ: 400 602 65)

Beitragskonto: 37 99 700
(Mitglieder (M): 35 Euro • Interessenten (I): 7,50 Euro)

Brasilienkonto: 37 99 701

Amparo maternal: 37 99 702

Ukraine: 37 99 703

Demetrius: 37 99 705